

Pressemitteilung



Dr. Wolfgang Schmidt (Fraktionsvorsitzender)
Annika Schmid (Pressebeauftragte)
E-Mail: fraktionsvorstand@spd-reinheim.de

Verbesserung der Lebensqualität eingefordert

Bürgermeister und SPD fordern Land zur Stellungnahme auf

Enttäuscht zeigten sich Bürgermeister Karl Hartmann (SPD) und die Fraktion der Reinheimer SPD über die Vorgehensweise des Landes hinsichtlich der Verkehrsbelastung insbesondere im Hinblick auf die Belastung für die Anwohner wegen des aufkommenden Schwerlastverkehrs in Reinheim und der nun vorgestellten Prognose bis 2030. Eine weitere Umgehung, um den Schwerlastverkehr aus Reinheim auszulagern auf eine noch zu errichtende Umgehungsstraße ist seitens des Bundes und dessen Planung des Bundesverkehrswegeplans nur im erweiterten Bedarf festgestellt worden. Somit ergeben sich mindestens bis ins Jahr 2030 keine Planungsaufträge und auch was danach kommt, ist noch völlig ungewiss.

Skurril, in Lengfeld soll eine Umgehungsstraße gebaut werden. Die Zahlen dort sind jedoch ähnlich der in Reinheim festgestellten. Dort jedoch würde das Land als Straßenbaulastträger eine Umgehungsstraße bauen, für Reinheim ist der Bund zuständig und der misst mit anderen Zahlen. „Um Hahn soll zurecht eine Umgehungstraße seitens des Bundes gebaut werden und in Lengfeld seitens des Landes, aber durch Reinheim soll der Verkehr durchrollen, das ist nicht nachvollziehbar“, erläutert Wolfgang Schmidt, Fraktionsvorsitzender der SPD. Die Zahlen aus dem Gutachten des Landes im innerstädtischen Bereich Reinheims sind andere als in Hahn, teilweise auch in Lengfeld, auch der Quell- und Zielverkehr in Reinheim muss zugrunde gelegt werden, jedoch ist für die SPD klar, dass ein akuter Handlungsbedarf besteht, der auch nicht erst, wie bei der Veröffentlichung der Zahlen aus dem Verkehrsgutachten, noch Monate braucht, bis man zu einem Ergebnis kommt und dieses dann mitteilt.

„Wir fordern seitens des Landes nun kurzfristig klar Stellung zu beziehen, mit welchen Maßnahmen eine Verbesserung der Verkehrssituation erreicht werden kann“, so Bürgermeister Karl Hartmann. Hartmann schlägt hierzu auch eine öffentliche Diskussion seitens Hessen Mobil beziehungsweise des zuständigen Ministeriums vor, denn das Thema bewege nicht nur die äußerst engagierten Mitglieder der Bürgerinitiative, sondern ist ein Thema für die gesamte Kernstadt. Thomas Knöll, Bauausschussvorsitzender im Stadtparlament ergänzt: „Die Ergebnisse der Verkehrszählungsdaten müssen kurzfristig zur Umsetzung der Immissionsberechnung genutzt werden, um somit zumindest eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den Schwerlastverkehr in der Nacht zu erreichen.“

Die SPD-Fraktion beschäftigt sich seit längerem mit der Problematik, auf die Bürgermeister Hartmann die zuständigen Aufsichtsbehörden schon vor Öffnung der Umgehungsstraße hingewiesen hat. Reinheims Erster Stadtrat, Manuel Feick, der vor kurzem im Gespräch mit der Bürgerinitiative sagt dazu, dass „es wichtig ist, alle Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um die Situation zu verbessern“ und fügt hinzu, „wir müssen auch wissen, was bei der Verkehrszählung insbesondere wegen des Quell- und Zielverkehrs genau abgefragt wurde.“

Im Gutachten des Landes wurde ein Zuwachs an Schwerlastverkehr nicht aus Reinheim, sondern außerhalb des Stadtgebietes aus Nieder-Klingen kommend Richtung Lengfeld festgestellt. Dies muss genau analysiert werden, denn der Schwerlastverkehr aus Reinheim und durch Reinheim fahrend, ist ebenfalls angestiegen. Für die Reinheimer SPD ist es ebenfalls wichtig, sollten wie in Spachbrücken auch, alle Anträge der Stadt seitens des Landes abgelehnt werden, zumindest klar sein muss, dass dies nur eine Momentaussage sein kann und die Entwicklung dauerhaft zu beobachten ist.

Die SPD wird daher weiter an einer funktionierenden zukunftsweisenden und vor allem zufriedenstellenden Lösung arbeiten. „Hierzu ist es notwendig zu wissen, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den Schwerlastverkehr in Reinheim während der Nachtstunden nur ein Anfang sein kann. Wir wollen unsere Stadt attraktiv halten und gestalten, dazu ist eine entsprechende Lebensqualität auch in Zukunft notwendig und daran arbeiten wir“, erklärt Karl Hartmann.